

Antrag	Vorlage-Nr: Öffentlichkeitsstatus:	VO/2017/0759-01 öffentlich		
Osnabrück für Europa - gegen Nationalismus – Änderungsantrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum TOP 4.3				
Beratungsfolge:				
Gremium	Datum	Sitzungs- art	Zuständigkeit	TOP- Nr.
Verwaltungsausschuss	30.05.2017	N	Vorberatung	
Rat der Stadt Osnabrück	30.05.2017	Ö	Entscheidung	4.3

Beschluss:

Angesichts von europafeindlichen und populistischen Aktivitäten bekennt sich der Rat der Friedensstadt Osnabrück zur Vereinigung und Integration Europas und lehnt eine Rückkehr zum Nationalismus und völkischem Egoismus ab.

Osnabrück bekennt sich daher zur Weiterentwicklung Europas. Um Probleme und Chancen ehrlich zu diskutieren und zur Verbesserung der europäischen Institutionen beizutragen, soll auf Initiative der Friedensstadt ein Europakongress aller unserer europäischen Partner- und Freundschaftsstädte 2018 in Osnabrück stattfinden. ~~Hierbei sind vor allem gesellschaftliche Institutionen (Universität, Hochschule, Schulen, Stiftungen sowie Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und Verbände etc.) einzubeziehen. Überlegt werden könnte auch, Gruppen aus allen Ländern, die durch den Westfälischen Frieden Unabhängigkeit und Kriegsende erfahren haben, zu beteiligen.~~

Der Oberbürgermeister wird ~~gebeten~~ beauftragt, alle potenziellen Partner einzuladen, damit die Verwaltung dem Kulturausschuss einen konkreten Vorschlag mit Kostenplan vorlegen kann.

Sachverhalt:

Der Kongress soll insbesondere auch vor dem Hintergrund stattfinden, dass 2018 der 400. Jahrestag des Beginns des Dreißigjährigen Krieges und ~~des~~ das 25. Jubiläum des Vertrages von Maastricht ist.

Thematisch soll es vor allem um die europäische Friedensordnung, die ~~innere~~ innere Sicherheit, die ~~soziale~~ soziale Gerechtigkeit, Bildung, Umwelt- und Klimaschutz, ~~die Lösung der Flüchtlingsfrage~~ Migration und Flucht ~~und~~ sowie die Weiterentwicklung der Finanz- und Wirtschaftspolitik zur Stabilisierung der Europäischen Union gehen.

Hierbei sind vor allem gesellschaftliche Institutionen (Hochschulen, Schulen, Stiftungen sowie Kirchen, Gewerkschaften, Initiativen, Parteien und Verbände etc.) einzubeziehen. Überlegt werden könnte auch, Gruppen aus allen Ländern, die durch den Westfälischen Frieden Unabhängigkeit und Kriegsende erfahren haben, zu beteiligen.

Am Ende des Kongresses, soll es zu einer gemeinsamen Erklärung und einer Intensivierung der gemeinsamen Aktivitäten für Europa kommen. Alle demokratischen Parteien und Organisationen Osnabrücks werden gebeten, zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz für Europa aufzurufen.

Im Hinblick auf das geplante europäische Kulturevent im Spätsommer 2018 (Europäisches Jahr des kulturellen Erbes 2018 - ECHY 2018) sollte hierbei geprüft werden, wie Synergieeffekte genutzt werden können, um somit die überregionale Wirkung zu erhöhen. Die Stadt soll bei der Umsetzung dieses Projekts initiiierend und koordinierend fungieren, gesellschaftliche Gruppen motivieren und Drittmittel einwerben.

Beratungsergebnis:

Der geänderte Beschluss wird wie die weiteren Beschlussvorlagen zum TOP 4.3 **einstimmig angenommen.**